

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 11

Artikel: Befreiung und "Sowjetisierung" - Erfahrungen aus der DDR
Autor: Ordnung, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144000>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

scheint sich ja auch am meisten davor zu fürchten, dass «wir» weder willens noch fähig sein könnten, aus Geschehenem etwas zu lernen. Hobsbawm schreibt am Schluss seines Buches: «Wir wissen nicht, wohin wir gehen. Wir wissen nur, dass uns die Geschichte an diesen Punkt gebracht hat, und wir wissen auch weshalb... Doch eines steht völlig ausser Frage. Wenn die

Menschheit eine erkennbare Zukunft haben soll, dann kann sie nicht darin bestehen, dass wir die Vergangenheit oder Gegenwart lediglich fortschreiben. Wenn wir versuchen, das dritte Jahrtausend auf dieser Grundlage aufzubauen, werden wir scheitern. Und der Preis für dieses Scheitern, die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis.»

Carl Ordnung

Befreiung und «Sowjetisierung» – Erfahrungen aus der DDR

Carl Ordnung ist den Leserinnen und Lesern der Neuen Wege kein Unbekannter: Zu DDR-Zeiten wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hauptvorstand der damaligen CDU, ist er nach der «Wende» aus dieser Partei ausgetreten, da er deren opportunistischen Anschluss an die West-CDU nicht mitverantworten konnte und wollte. Der Autor denkt im folgenden nach über die Gründe seiner Option für den Sozialismus in der DDR, aber auch über die Ursachen des Scheiterns dieses ersten sozialistischen Experiments der deutschen Geschichte. Anlass dazu gibt ihm einerseits die Diskussion um die Bewertung des 8. Mai 1945, nicht zuletzt die schockierende Tatsache, dass heute eine nicht geringe Zahl von Intellektuellen aus dem rechten Lager von Niederlage statt von Befreiung spricht. Anderseits nimmt Ordnung Bezug auf Äusserungen von Jürgen Habermas, dass es ein Glück gewesen sei, in der BRD zu leben. Was ja wohl heisst, dass Habermas es für ein Unglück gehalten hätte, in der DDR leben zu müssen. «Wie war das mit mir?» fragt Ordnung in der – hier weggelassenen – Einleitung und gibt zur Antwort: «Ich habe in der DDR nicht pausenlos gejubelt. Ich habe auch Schmerzliches und Enttäuschendes erlebt. Aber ich erinnere mich auch an Situationen und Erfahrungen, in denen ich es als ein Glück empfand, hier leben zu können. Ich will das in sechs Punkten, die alle mit der Befreiung zu tun haben, zu beschreiben versuchen.» Der vorliegende Text gibt ein Referat wieder, das der Autor an einer Tagung des Martin-Niemöller-Kreises in Berlin-Dahlem gehalten hat. Red.

1. Ein Staat, der sich den Folgen des Hitlerkriegs stellte

Ich habe die DDR als Staat erlebt, der sich den Folgen des Hitlerkriegs stellte und als Konsequenz daraus eine *antifaschistisch-demokratische Gesellschaftsordnung* errichten wollte. Die Sowjetische Besatzungsmacht ging mit Faschisten hart

ins Gericht und setzte ihre Massnahmen ohne Rücksicht auf demokratische Prinzipien durch. Mich verwunderten weder diese Repression noch die Reparationsforderungen. Nach allem, was Deutsche in der Sowjetunion getan hatten, meinte ich, *kein moralisches Recht zur Kritik* zu haben. Man sollte nicht vergessen, dass der faschistische Krieg gegen Osteuropa eine andere

Qualität hatte, als der gegen den Westen – er war ein Vernichtungskrieg. Wenn die Sowjets nur ein Zehntel von dem vergolten hätten, was deutsche Soldaten in ihrem Land angerichtet hatten – wo wären wir da geblieben!?

Ohne Bezug auf diese Vergangenheit, auf den *Faschismus*, der mit der Wurzel ausgerottet werden sollte, ist die DDR nicht zu verstehen. Gerade diesen Bezug lassen die meisten Versuche zur DDR-Vergangenheitsbewältigung gerade auch aus dem kirchlichen Raum vermissen. Ich denke etwa an Markus Meckels und Martin Gutezeits Buch über die Opposition in der DDR und vor allem an die Veröffentlichungen von Gerhard Besier. Da wird so getan, als ob die sowjetische Besatzungsmacht 1945 vom Himmel gefallen wäre und sich in unverschämter Weise in deutsche Verhältnisse eingemischt hätte. Man fragt sich, wie ein Historiker so unhistorisch denken kann.

Ich war 1948 *Christ* geworden. Ich akzeptierte das *Stuttgarter Schuldbekenntnis* und fand das *Darmstädter Wort*, nach dessen Text ich lange suchen musste, befriedend. Es machte mich nachdenklich, dass von allen politischen Parteien nur die KPD (in ihrem Aufruf vom 11.06.1945) von ihrer eigenen Schuld sprach. Für mich war der Antifaschismus die politische Konsequenz aus dem Schuldbekenntnis.

2. Der Versuch, gesellschaftlich Neues zu gestalten

Für mich war die DDR ein Staat, in dem nach den Irrwegen der deutschen Geschichte der Versuch unternommen wurde, gesellschaftlich etwas Neues zu gestalten. Wenn Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre Kollegen oder Freunde über Nacht «nach dem Westen» gingen, löste das Betroffenheit und Nachdenken aus. Es war mir klar, dass ich in der BRD persönlich mein Leben wahrscheinlich hätte bequemer einrichten können. Aber das war für mich keine echte Versuchung. Als junger Mensch war ich *fasziniert* von der Möglichkeit, an etwas Neuem, wenn auch unter Schwierigkeiten

und persönlichen Opfern, mitwirken zu können. Man redet heute abwertend von «staatlich verordnetem Antifaschismus» in der DDR. Aber besser ein staatlich verordneter als gar keiner.

Der Unterschied, ja Gegensatz zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung in den beiden deutschen Staaten war damals mit Händen zu greifen. Hier tiefgreifende Umwälzungen, um einen *echten Neuanfang* zu sichern und Abrechnung mit Faschisten. (Freilich wurden später – wie wir jetzt wissen – einige von ihnen zu Positionen des Militärs und der Stasi geholt.) Dort politische und gesellschaftliche *Restauration*, in deren Verlauf Anhänger des Naziregimes wieder in alte und neue Positionen in Staat und Gesellschaft gelangten. Kein Nazirichter wurde bestraft. Als das Schwurgericht Augsburg gegen den Richter, der Dietrich Bonhoeffers standrechtliche Erschiessung abgesegnet hatte, eine Gefängnisstrafe verhängte, wurde dieses Urteil vom Bundesgerichtshof aufgehoben.

Wie sollte das Neue im Osten Deutschlands aussehen? Den Rahmen dafür gab das *Potsdamer Abkommen* vor. Es ging zunächst nicht um Sozialismus, sondern um einen *progressiven bürgerlichen Staat* mit einer starken Arbeiterbewegung und damit um demokratische Reformen in allen Bereichen: Bodenreform, Schulreform, Justizreform, Verwaltungsreform, Enteignung derjenigen Grossbetriebe, die an Hitlers Krieg verdient hatten.

Stalin hielt die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in einem Deutschland, das zwölf Jahre lang Hitler gefolgt war, in absehbarer Zeit für nicht möglich. Er war für ein einheitliches Deutschland im Sinne des Potsdamer Abkommens, weil nur so die Sowjetunion einen Einfluss auf Gesamtdeutschland behalten konnte. Seine Note vom März 1952, die freie Wahlen zur Bildung einer Regierung für ein neutrales Gesamtdeutschland vorschlug, war ernst gemeint, wie Wilfried Loth auf Grund von Archivstudien in Moskau in seinem Buch «*Stalins ungeliebtes Kind*» belegt hat. Von *Bundeskanzler Adenauer* wurde dieses Angebot als sowjetische Propaganda abge-

lehnt, ohne auch nur den Versuch zu machen, seine Ernsthaftigkeit zu testen. Seine Devise war ohnehin: Freiheit (und das hiess Anlehnung an den Westen) vor Einheit. Wieviel war die Betonung der Verbundenheit mit den Brüdern und Schwestern in Ostdeutschland wert, wenn man ihretwegen nicht einmal die Diskussion um die Konditionen für einen Weg der Neutralität eröffnete und sie so kaltschnäuzig der sowjetischen Besatzungsmacht und deutschen Kommunisten überliess? Für mich war dies ein zusätzlicher Grund zum Engagement für diesen Staat. Heute werden nur wir, nicht die Nachfolger Adenauers, dafür zur Rechenschaft gezogen.

Nach diesen Vorgängen wurde 1952 in der DDR der Aufbau des Sozialismus proklamiert. Ich fand das konsequent. Da der Faschismus aus *kapitalistischen Strukturen* hervorgegangen war, schien mir eine Veränderung dieser Strukturen geboten.

3. Herausforderung angesichts der «deutschen Misere»

Was ich an der jungen DDR besonders spannend und attraktiv fand, war das Wissen darum, dass dieser Neuanfang, dieses *Experiment äusserst schwierig* war. Die grosse Mehrheit der Deutschen hatte den Faschismus unterstützt. Das deutsche Volk war trotz manchen Widerstandes nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft zu befreien. Vor diesem Hintergrund betrachtete Stalin die KPD und zunächst auch die SED nicht als vollwertige kommunistische Partei. Zum ersten Kominform-Büro-Treffen im September 1947 im polnischen Schreiberhau wurden ihre Vertreter nicht eingeladen. Sie erfuhren davon erst aus der Presse.

Marx, Engels und Mehring hatten immer wieder den *Sonderweg des deutschen Volkes* in Europa reflektiert. Es hatte nach der Niederlage im Bauernkrieg keine bürgerliche Revolution siegreich beendet und immer nur – wie Marx sagte – an den Konterrevolutionen teilgenommen. Das deutsche Bürgertum war nicht in der Lage, einen einheitlichen, bürgerlichen Nationalstaat zu schaffen. Die zahlreichen Kleinstaaten

waren Brutstätten eines *Untertanengeistes*. Diese politische und sozialpsychologische Gemengelage war der ideale Nährboden für den deutschen Faschismus. Um ihn zu überwinden, genügte es nicht, die Trümmer zu beseitigen und neue gesellschaftliche Strukturen zu schaffen. Dazu gehörte auch die Bearbeitung der Tradition dieser «deutschen Misere», wie das die marxistischen Klassiker genannt hatten. Genau diese Herausforderung war es, die viele der emigrierten Intellektuellen in die DDR und nicht in den Westen Deutschlands zurückkehrten liess. Sie wollten teilnehmen am «*Anderswerden*» der Deutschen. In seinem Buch über den «Irrweg einer Nation» populisierte Alexander Abusch den Misere-Gedanken und simplifizierte ihn dabei.

Ich schrieb 1964 für das «Evangelische Pfarrerblatt» einen Aufsatz über «Protestantismus und sozialistische Revolution». Dabei versuchte ich unter anderem zu zeigen, dass diese deutsche Misere auch in der DDR noch nachwirkte. Den deutschen Kommunisten, so schrieb ich, die aus der Emigration zurückkehrten und zur politischen Führungskraft wurden, «schloss sich eine grosse Anzahl von *Opportunisten* an, auf deren Mitarbeit nach Lage der Dinge nicht verzichtet werden konnte, die aber diese Entwicklung belasteten. Der deutsche Untertan erstand in der Gestalt des Opportunisten neu.» Ich war inzwischen Mitarbeiter im Hauptvorstand der CDU geworden. Deren Generalsekretär wurde für diesen Artikel im ZK der SED heftig kritisiert mit der Massgabe, solche schädlichen Äusserungen seiner Mitarbeiter künftig zu unterbinden. Dieser Vorgang signalisiert, dass die marxistischen Realpolitiker inzwischen ganz andere Aufgaben im Bereich von Politik, Ökonomie und Militär für zentral hielten, bei deren Lösung eine gründliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eher störend wirkte. Die Diskussion über die «deutsche Misere» wurde abgebrochen. Unter Honecker gehörten wir dann plötzlich zu den «*Siegern der Geschichte*». Die negativen Seiten der deutschen Geschichte wurden für die DDR ausgeblendet. Faschisten – das waren die

anderen in der BRD. Der «Tag der Befreiung» wurde als arbeitsfreier Staatsfeiertag abgeschafft.

Mir scheint, dass sich genau in dieser Entwicklung die verhängnisvollen Traditionen der deutschen Misere wieder durchsetzen, die übrigens auch heute noch nachwirken: etwa in der Tatsache, dass *deutsche Staatsbürgerschaft* primär danach bestimmt wird, ob man deutsche Vorfahren und damit «deutsches Blut» in den Adern hat. Oder in dem um sich greifenden Geschichtsrevisionismus, der alles Linke dämonisiert, Ernst Jünger als deutsche Geistesgrösse feiert und sogar das Interim der Westbindung der BRD – wie Rainer Zitelmann – als Irrweg bezeichnet. Man sucht nach einer neuen deutschen Identität, die möglichst die alte reaktionäre sein soll.

Auch die *DDR-Vergangenheitsbewältigung*, die sich einseitig an der Stasi orientiert, ist davon geprägt. Ich verstehe nicht, wie man auf diese Weise die Lehre aus den Versäumnissen von 1945 ziehen will. Was 1945 und in der Folgezeit versäumt wurde, die Faschisten zur Rechenschaft zu ziehen, wird nun mit erhöhter Intensität nachgeholt, indem man Antifaschisten verurteilt.

Was ist daran neu und anders als vor 50 Jahren: Beidemal wird Rechts begünstigt. Und ausserdem findet eine *groteske Verzerung der Dimensionen* statt. Der Faschismus löste einen Weltkrieg aus, in dem Millionen Menschen das Leben verloren und bis dahin unvorstellbare Zerstörungen geschahen. Die Stasi hat vieles Schlimme, Antihumanistische, Kriminelle verübt, das natürlich bestraft werden muss und das gerade uns, die wir uns für diesen Staat engagierten, schwer auf der Seele liegt. Aber sie hat weder den Zusammenbruch der DDR verhindert, noch den Frieden in Europa bedroht.

4. Die andere Seite der Sowjetisierung

Mein vierter Punkt heisst Sowjetisierung, und ich meine diesen Begriff positiv. Er bezeichnet die *Einbindung der DDR* in den von der Sowjetunion dominierten Ostblock. Diese Einbindung hatte nicht nur

politische, militärische und ökonomische Aspekte, über die viel geredet wird. Sie hatte auch soziale und geistig-kulturelle Seiten, die weithin ignoriert werden, aber viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger mentalitätsmässig geprägt haben. Hier waren erste Ansätze zur Herausbildung eines anderen Zivilisationstyps zu beobachten, der nicht so sehr wie der westliche von Industrialisierung gekennzeichnet war, sondern mehr auf *gemeinschaftlichen Strukturen* und einer entsprechenden Lebensweise beruhte. Es gab ja nicht nur die Kollektivierung der Landwirtschaft. Ähnliches vollzog sich in anderen Bereichen.

Es öffnete sich uns die für den Durchschnittsdeutschen eher unbekannte Welt der *slawischen Völker* mit ihrer unvergleichlichen Gastfreundschaft, mit ihrer kulturellen Vielfalt, die doch darin eins war, dass Kultur nicht eine Randerscheinung bedeutete. In ihr spielten Geld und Leistungsstreben nicht die zentrale Rolle. Wir lasen russische und sowjetische Literatur mit ihrem tiefen Humanismus, ihrer unglaublichen Leidensfähigkeit.

Es kam zu vielfältigen *menschlichen Begegnungen* auf dienstlicher Ebene, aber vor allem im Urlaub, unter Wissenschaftlern und Studenten. Für viele Menschen dieser Länder waren wir die anderen Deutschen, welche die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs nicht revidieren wollten, sondern zum Ausgangspunkt für einen Neuanfang nahmen. Ende der 50er Jahre passierte es mir mehrere Male in der Tschechoslowakei und in Ungarn, dass Freunde, mit denen man mehrere Tage auf Konferenzen verbracht hatte, sagten: «Du bist ja gar kein richtiger Deutscher.» Angesichts des Bildes, das sie auf Grund ihrer Erfahrungen von Deutschen hatten, nahm ich das als ein Kompliment. Das Kapital an Vertrauen, das sich auf diese Weise angesammelt hat, wird durch den neuen Rassismus und Nationalismus in Deutschland rasch aufgebraucht.

Für mich war die *Christliche Friedenskonferenz*, in der ich seit 1959 mitarbeite, der Raum, in dem ich solche Erfahrungen machen konnte. Die Welt der Orthodoxie, aber auch die des osteuropäischen Prote-

stantismus erlebte ich als Bereicherung meines Verständnisses von Kirche und Christsein.

All das hat unsere Mentalität in einem Masse geprägt, das den meisten von uns nicht bewusst war und das erst nach unserer Einbeziehung in die westliche Welt zur Verwunderung beider Seiten in Erscheinung tritt. Egon Bahr bezeichnete es kürzlich als eine der grössten Fehlleistungen im Zusammenhang mit der Wende, dass die westliche Seite überhaupt nicht damit gerechnet habe, dass es einen *Mentalitätsunterschied* zwischen West- und Ostdeutschen geben könne.

5. Besonderheiten der DDR

Vergleicht man die DDR mit den anderen realsozialistischen Ländern, fallen einige Besonderheiten auf, die teilweise darin ihre Wurzel haben, dass die Sowjetunion Ostdeutschland bis in die 50er Jahre hinein als Teil eines von ihr angestrebten einheitlichen deutschen Staates behandelte, wobei diese «Behandlung» häufig dieser Absicht entgegenwirkte. Ich nenne zwei dieser Besonderheiten:

a) Das «*sozialistische Mehrparteiensystem*», das natürlich nichts mit bürgerlicher Demokratie zu tun hatte. Ich will dieses System, das vier kleinere nichtmarxistische Parteien unter der politischen Führung der SED zuließ, nicht glorifizieren. Aber es bot doch für nichtmarxistisches politisches Engagement einen gewissen Spielraum. Für Christen, die eine Affinität zwischen der biblischen Forderung nach Frieden und Gerechtigkeit und der Idee des Sozialismus sahen, bot sich die *CDU* an, die eine Partei von Christinnen und Christen für den Sozialismus sein wollte.

b) Auch die *Kirchen* hatten trotz aller Einschränkungen und dem Druck, dem sie zeitweise ausgesetzt waren, einen grössten Spielraum. Sie konnten Christenlehre und Jugendrüstzeiten halten, verfügten über kirchliche Ausbildungsstätten und über zahlreiche diakonische Einrichtungen bis hin zu Krankenhäusern. Sie konnten Bücher und Zeitschriften publizieren. Un-

sere Freunde aus Osteuropa, die das alles mit einem gewissen Neid sahen, mussten auch noch zur Kenntnis nehmen, dass auf kirchlichen Tagungen und Synoden häufig in einer Weise staatskritisch geredet wurde, wie sie sich das für ihre Länder nicht vorstellen konnten.

Da mein Hauptwirkungsfeld in CDU, CFK und Kirche lag, habe ich ein positives Bild von der DDR gewonnen als andere, die etwa mit den Schwierigkeiten in der Wirtschaft zu tun hatten oder als Künstler Einschränkungen unterworfen waren oder gar vom Sicherheitsapparat bedrängt wurden. Ich habe nach der Wende mit einer gewissen Betroffenheit zur Kenntnis genommen, dass etwa Erwin Strittmatter schon 1973 mit der DDR fertig war und dass man Ähnliches von Christa Wolf sagen kann. Um dieselbe Zeit habe ich auch meine *bitterste DDR-Erfahrung* machen müssen: Mein Sohn wurde mit knapp 17 Jahren wegen eines sogenannten «Republikfluchtversuchs» zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ich habe also in der DDR keineswegs nur Positives erlebt, und ich mache mir heute Vorwürfe, dass ich damals nicht massiver reagiert habe. Aber wie sollte man in der DDR *Kritik* üben? Das war, wenn es um grundsätzliche Dinge ging, öffentlich nur über westliche Medien möglich – und das bedeutete in der Situation des Kalten Krieges einen Wechsel der Fronten. Das wollte ich nicht. Es ist bemerkenswert, dass auch Strittmatter und Christa Wolf das, was sie damals erkannt zu haben glaubten, erst sehr viel später offen und öffentlich äusserten. Und ich hatte trotz allem noch Erwartungen gegenüber der DDR, die gerade damals international anerkannt wurde. Zudem schien die erste Hälfte der 70er Jahre auch international für den Sozialismus günstig (Befreiung der portugiesischen Kolonien, Sieg Vietnams usw.). Das nährte die *Hoffnung* auf eine Verbesserung des Sozialismus.

6. Internationale Beziehungen

Die DDR war international keineswegs isoliert. Nicht nur, dass sie *UNO-Mitglied*

wurde, sie war solidarisch mit *Befreiungsbewegungen* in der Dritten Welt. Das fand ich richtig. Kürzlich erklärte der ANC-Vertreter in Berlin, Eric Singh, der lange Zeit Redakteur der Monatszeitschrift «Sechaba» war, die in der DDR für den ANC gedruckt wurde: «Wir sind für die selbstlose Hilfe dankbar, die wir von der DDR erhalten haben, als wir sie am nötigsten brauchten. Es war die Zeit, als man uns im Westen als Terroristen beschimpfte und verfolgte. Jedoch hat man dort kaum Gewissensbisse verspürt, mit der rassistischen Diktatur in Südafrika zusammenzuarbeiten.» Wie wahr! Müsste, wenn Vergangenheit aufgearbeitet werden soll, nicht auch gefragt werden, wieviel Opfer unter den schwarzen Südafrikanern die Tatsache gefordert hat, dass die BRD durch politische und ökonomische Unterstützung das Apartheidregime verlängert hat?

Die Existenz zweier deutscher Staaten habe ich als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs gesehen, das um des *Friedens in Europa* willen nicht revidiert werden durfte, zumal fast alle deutschen Nachbarn das auch positiv fanden. So bin ich für normale Beziehungen zwischen beiden Staaten, für Reisemöglichkeiten und die Zusammenführung auseinandergerissener Familie, nicht aber für eine Wiedervereinigung eingetreten. Diese Auffassung setzte sich allmählich auch in den protestantischen Kirchen der DDR durch.

Gründe des Scheiterns: Demokratiedefizit und Nachahmung des Kapitalismus

Die genannten sechs Punkte waren in unterschiedlicher Weise für mich wichtig. Die ersten drei waren es für die Anfangsjahre, die anderen mehr für die spätere Zeit. Insgesamt betrachte ich die DDR als ein *sozialistisches Experiment*, das nach dem Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg und dem darin offenbar werdenden Versagen des deutschen Bürgertums nicht nur sinnvoll, sondern *notwendig* war. Warum ist es gescheitert? Ich sehe zwei Gründe:

Im Gegensatz zu ihrer eigenen Doktrin

mangelte es der politischen Führungskraft an *Vertrauen zu den Massen*. Am Anfang war das sogar verständlich, denn die grosse Masse der Deutschen – auch Arbeiter – hatten den Faschismus mit seiner Verfolgung von Kommunisten unterstützt. Und in dieses Volk kehrten Kommunisten aus dem Exil bzw. aus den Gefängnissen zurück. Dass unter diesen Umständen ein Neuanfang schwierig würde, verstand sich. Hinzu kam, dass der junge Staat durch den Kalten Krieg von aussen in Frage gestellt wurde. Es ist erstaunlich, dass man im Laufe der Zeit trotzdem einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung gewann.

Es ist wenig bekannt, dass 1964 beim ZK der SED ein *Institut für Meinungsforschung* gegründet wurde – auf Vorschlag von Ulbricht, der meinte, dass für die Leitungstätigkeit in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft die schönfärberischen Berichte von SED-Funktionären nichts taugten. Man müsse wissen, wie die Bevölkerung wirklich denke, deshalb sollte Meinungsforschung professionell betrieben werden. 1977 wurde dieses Institut auf Anweisung von Honecker aufgelöst, alle seine Forschungsergebnisse sollten vernichtet werden. Man hat inzwischen 50 der insgesamt 246 Berichte aus diesen vierzehn Jahren aufgefunden. Sie weisen aus, dass Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre eine *qualifizierte Mehrheit* der Bürgerinnen und Bürger der DDR für ihren Staat war. Je höher das Bildungsniveau, desto grösser die Zustimmung. Die grösste Zurückhaltung zeigte sich unter Arbeitern. Außerdem gab es einen deutlichen Unterschied zwischen der Bejahung der gesellschaftlichen Verhältnisse (soziale Sicherheit, Arbeitsplatz, Mieten, Bildung, Gesundheitswesen usw.) und der Stellungnahme zu Staat und Partei, die deutlich kritischer ausfiel.

Nach einem guten Start unter Honecker ging diese Mehrheit im Laufe der 70er Jahre verloren. Das wollte man nicht zur Kenntnis nehmen. Statt die Politik zu verändern, löste man das Institut auf. Man kann darin eine Weichenstellung für einen Weg sehen, der in den Abgrund führte. Es war vor allem die Art und Weise, wie die

SED ihre politische Führungsrolle praktizierte, die zunehmend auf Ablehnung und Unverständnis stiess: zu wenig Transparenz von Entscheidungsprozessen, Geheimniskrämerei, eine Kaderpolitik, die weniger nach Kompetenz als nach Parteizugehörigkeit fragte, um nur einiges zu nennen. Die Antwort auf die zunehmende Unzufriedenheit war der *Ausbau der Staatssicherheit* – und das ist nicht mehr nur ein Defizit an Demokratie, sondern ihr Gegenteil.

Der Realsozialismus ist daran gescheitert, dass er sich auf eine Auseinandersetzung, auf einen Wettbewerb mit dem westlich-kapitalistischen System auf einem Feld eingelassen hat, auf dem die andere Seite per se überlegen war: auf dem von *Ökonomie, Hochtechnologie und Rüstung*. Es ist ihm nicht gelungen, ja er hat es kaum versucht, andere Felder der Auseinandersetzung zu eröffnen. Vereinfachend kann man sagen: Im Zentrum des Kapitalismus steht eine Sache: das Kapital; im Zentrum des Sozialismus sollte der Mensch als Mitmensch (*Sozius*) stehen. Hier hätte der Sozialismus Neues versuchen müssen. Hier hätte er erlebbar machen sollen, dass Menschen reich werden nicht primär durch Materielles, sondern durch menschliche Beziehungen. Freilich ist das leichter gesagt als getan. Der Westen, voran die USA, eröffneten den Kalten Krieg, um die Anfän-

ge des Sozialismus «zurückzurollen». Dagegen musste man sich verteidigen. So orientierte man sich an Wirtschaftswachstum und Rüstung und entwickelte nicht ein anderes, ein neues Modell der Zivilisation, sondern nur eine zweite Variante der modernen Industriegesellschaft. Unter grossen Anstrengungen zog man militärisch gleich.

Der Preis war die *ökonomische Erschöpfung* und eine gewisse *Militarisierung* der Gesellschaft. *Gorbatschow* war der erste Staatsmann, der die Einsichten des Clubs of Rome politisch umsetzen wollte und der sich bewusst war, dass die globalen Probleme nur durch umfassende internationale Zusammenarbeit zu bewältigen sind. Seine Tragik bestand darin, dass sein eigenes System offensichtlich zur Erneuerung nicht mehr fähig war – und dass der Westen das Angebot zur Zusammenarbeit nicht annahm und auf dem Zusammenbruch des östlichen Systems bestand.

*

Angesichts der Entwicklung nach rechts, die letztlich auf eine Rücknahme der Befreiung zielt, müsste es zu einer Zusammenführung der *Linken in Ost und West* kommen, um ein *Gegengewicht* zu bilden, damit die deutsche Misere sich nicht auch im 21. Jahrhundert noch fortsetzt. Hier sollte zusammenwachsen, was wirklich zusammengehört.

Die alten Utopien sind tot. Auch die Ziele haben sich geändert. Soll ich das nun beklagen? «Utopie» heisst ja: «Kein Ort». Ein Traum, dem auf Erden kein wirklicher Ort zugedacht ist? Unsere Lage ist zu gefährlich, als dass wir uns in unrealistischen Träumen verfangen dürften. Etwas anderes ist, glaube ich, der Verlust von Idealen, von ethischen, moralischen Werten: ohne die kommt kein Mensch und kommt keine Gesellschaft aus, ohne die wird das Zusammenleben der Menschen zu einem Alptraum, und sei es auf einem noch so hohen Niveau des Lebensstandards.

(Christa Wolf, *Im Dialog*, Berlin und Weimar 1990, S. 63f.)